

Konjunkturlage in Deutschland

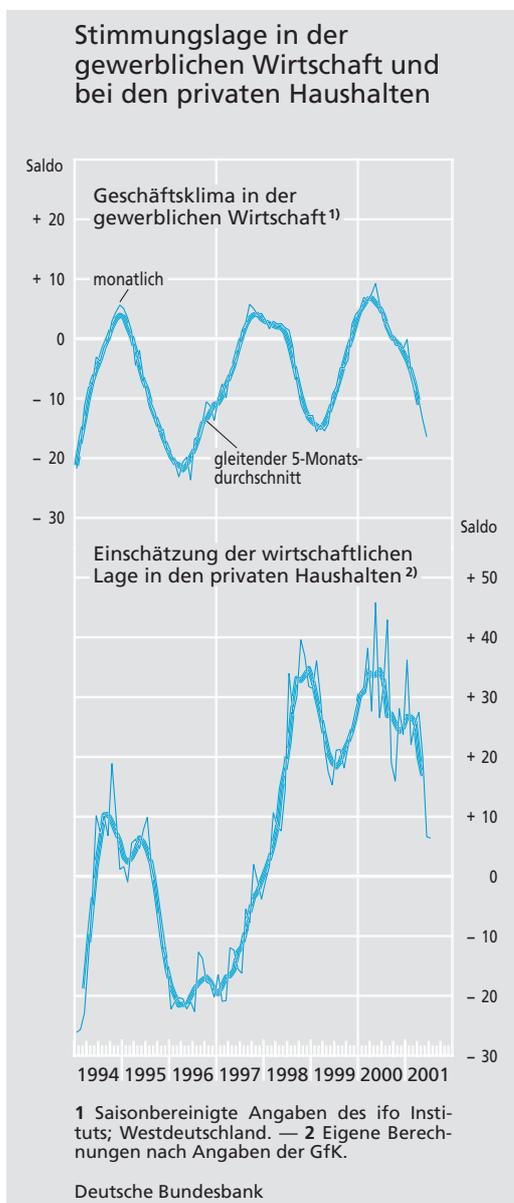
Grundtendenzen

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland ist in den Frühjahrsmonaten zum Stillstand gekommen. Die Nachfrageabschwächung, die sich im ersten Quartal des laufenden Jahres abzeichnete, aber durch die Abarbeitung von hohen Auftragsbeständen noch nicht produktionswirksam geworden war, schlug nunmehr stark zu Buch. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung folgte damit den rückläufigen Geschäftsabschlüssen, zumal wenig Neigung bestand, vermehrt Produktion auf Lager zu nehmen. Nach ersten eigenen Berechnungen dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt saison- und kalenderbereinigt im zweiten Quartal etwa ebenso hoch wie im ersten Vierteljahr 2001 gewesen sein. Der vergleichbare Vorjahrsstand wäre demzufolge arbeitstäglich bereinigt (und vorbehaltlich einer demnächst anstehenden Revision der VGR-Ergebnisse) um etwa 1% überschritten worden (nach rund 2% im vorangegangenen Dreimonatsabschnitt). In kalendermonatlicher Rechnung ergibt sich eine Produktionszunahme gegenüber 2000 von ebenfalls 1%, nach 1½% zuvor.

*Abschwächung
der gesamtwirtschaftlichen
Produktion*

Der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad hat sich damit wieder verringert, und die leichte Eintrübung am Arbeitsmarkt, wo die Beschäftigung seit mehreren Monaten stagniert und die Zahl der Arbeitslosen in kleinen Schritten steigt, dauerte an. Gleichwohl ist es kaum angebracht, die deutsche Wirtschaft bereits auf Rezessionskurs zu sehen. Kurzfristige Wachstumspausen oder Produktionsrückgänge in einem konjunkturellen Rückschlag müssen keineswegs zwangsläufig in

Auf Rezessionskurs?



längerfristige Stockungsphasen einmünden. So haben die von den ostasiatischen Schwellenländern in den Jahren 1997/98 ausgehenden erheblichen Belastungen für die Weltwirtschaft im Rückblick betrachtet den Wachstumsprozess in Deutschland nur zeitweilig und im Umfang begrenzt beeinträchtigt. Von „Rezession“ sollte nur dann die Rede sein, wenn es sich um eine länger anhaltende, breit angelegte Schwäche der gesamt-

wirtschaftlichen Aktivitäten handelt, die viele Sektoren und Regionen trifft. Eine isolierte Betrachtung von Wachstumsraten, die das Niveau von Produktion und Auslastungsgrad ausblendet, greift ebenso zu kurz, wie ein Ansatz, der die Zeitdimension unberücksichtigt lässt. Richtig aber ist zugleich, dass sich die deutsche Wirtschaft seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres in einer schwierigen Phase befindet. Sie resultiert nicht zuletzt daraus, dass bei einem eher mäßigen Potenzialwachstum ein Zusammentreffen mehrerer Störfaktoren leicht zu „Kaum“-Wachstum oder zur Stagnation beim Inlandsprodukt führen kann. Selbstverstärkende Abwärtsmomente sind aber derzeit nicht zu erkennen. Trotz unübersehbarer Risiken bleibt die Aussicht auf eine „Wiederaufnahme“ der Aufwärtsbewegung erhalten. Wachstumsimpulse sind in der am 1. Januar 2001 in Kraft getretenen Steuersenkung und einer weiter rückläufigen Inflationsrate angelegt.

Derzeit gehen deutlich bremsende Effekte von der Abschwächung der Inlandsnachfrage nach Industrieerzeugnissen aus. Zwar ist die deutsche Produktpalette weit weniger stark als in manch anderem Land auf die Erzeugnisse der „New-Economy“-Branchen Telekommunikation und Datenverarbeitung konzentriert. Da aber die Investitionstätigkeit allgemein an Schwung verloren hat, mussten auch die Hersteller von „traditionellen“ Investitionsgütern Einbußen hinnehmen. Dies hat sicherlich dazu beigetragen, dass – wie das ifo Institut berichtet – die Einschätzungen sowohl der aktuellen Lage als auch der Perspektiven für die nächste Zeit ungünstiger geworden sind. Die Eintrübung im Verarbeitenden

*Rückgang
der Inlands-
nachfrage*

Gewerbe hat nach Befragungen des ZEW auch auf die unternehmensnahen Dienstleister ausgestrahlt. Neben den mit der Bauwirtschaft verbundenen Branchen, zu denen die Architektur- und technischen Planungsbüros gehören, sind nunmehr unter anderem die Werbewirtschaft und die Vermieter von Geräten und Maschinen merklich vorsichtiger geworden. Ähnliches gilt für die EDV-Dienstleister, die bis vor kurzem an den Höhenflügen der „New Economy“ teilhatten. Insgesamt nahmen die vom ZEW befragten Unternehmen ihre Umsatzerwartungen deutlich zurück und äußerten sich auch zurückhaltender hinsichtlich ihrer weiteren Personaldispositionen.

*Anzeichen einer
leichten
Stabilisierung*

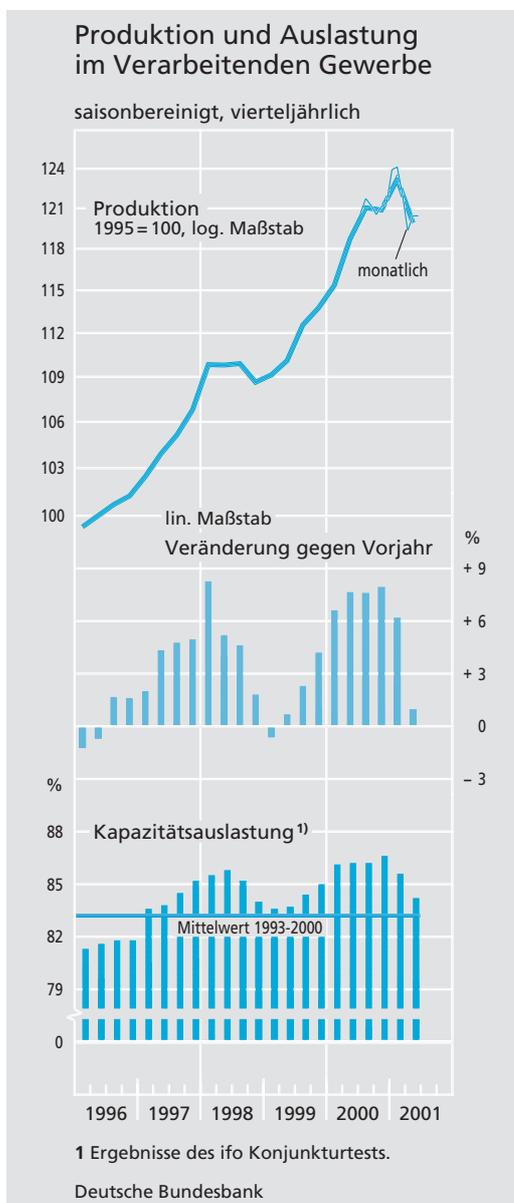
Die Nachfrage bei der Industrie scheint im Zeitraum Mai/Juni aber nicht mehr weiter abgenommen zu haben. Möglicherweise nähert sich allmählich auch die Bauwirtschaft in ihrem schon jahrelangen strukturellen Anpassungsprozess einer unteren „Widerstandslinie“. Immerhin waren die Auftragseingänge hier zuletzt deutlich höher als zu Anfang des Jahres 2001. Auch das Vorjahrsvolumen wurde nicht mehr so stark wie zuvor unterschritten. Damit könnte ein binnenwirtschaftlicher Bremsfaktor an Bedeutung verlieren. Beim Konsum der privaten Haushalte deutet die Zunahme der Käufe beim Einzelhandel in den Frühjahrsmonaten auf eine leichte Belebung hin. Zunehmend positiv wirkt sich auch aus, dass die Belastungen durch preisbedingt höhere Energieaufwendungen inzwischen nachgelassen haben und der Preisauftrieb insgesamt seinen Höhepunkt wohl überschritten hat.

Die Einkommen der privaten Haushalte, die seit Jahresanfang von der Senkung der Einkommensteuersätze profitieren, entwickelten sich im zweiten Quartal für sich betrachtet weiter positiv. So dürften sich die Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer, die schon im ersten Jahresviertel saisonbereinigt eine Zunahme um 2 % gegenüber dem Schlussquartal 2000 verzeichneten, nach den bisher vorliegenden Teilangaben weiter erhöht haben. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe und Energieversorgung) übertrafen die Effektivverdienste in den Monaten April und Mai nach Ausschaltung der jahreszeitlich üblichen Schwankungen das durchschnittliche Niveau des ersten Quartals um $\frac{3}{4}$ %. Auch in vielen Branchen des Dienstleistungssektors kamen die Beschäftigten in den Frühjahrsmonaten in den Genuss von Anhebungen der Tarifvergütungen, die in Teilen bereits im vergangenen Jahr oder wie bei Banken, Versicherungen und im Einzelhandel in der diesjährigen Lohnrunde vereinbart wurden.

*Positive
Einkommens-
entwicklung*

Auf der Kostenseite blieben die Personalaufwendungen gleichwohl weiter moderat, auch wenn sich die Zunahme der Arbeitsproduktivität zyklisch bedingt abgeschwächt haben dürfte. Die Finanzierungsbedingungen für gewerbliche und wohnungswirtschaftliche Investitionen sowie die gute Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft stützen ebenfalls die Auffassung, dass trotz der momentanen Schwächeperiode wichtige Bedingungen für eine Wende zum Besseren intakt geblieben sind.

*Wichtige
Grund-
bedingungen
weiter intakt*



Produktion und Arbeitsmarkt

*Industrie-
produktion
gesunken*

Die Erzeugung des Verarbeitenden Gewerbes hat im zweiten Quartal das Niveau vom Jahresanfang 2001 nicht halten können. Im Durchschnitt der Monate April bis Juni blieb sie saisonbereinigt um 2¾% hinter dem ersten Vierteljahr zurück, das allerdings einen Höhepunkt der Produktionsaktivitäten markierte. Zwar wurde zuletzt das vergleichbare

Vorjahrsergebnis noch um 1% überschritten, im Winter waren es aber mehr als 6% gewesen. Den Ergebnissen der ifo Umfragen zufolge ist die Reichweite der Auftragsbestände deutlich gesunken; saisonbereinigt lag sie im Juni bei 2,8 Produktionsmonaten, nach 3,0 Monaten zuvor.

Am stärksten fiel die Produktionsdrosselung bei den Herstellern von Investitionsgütern aus. Dies gilt insbesondere für die Branchen Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräte sowie nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen, die im vergangenen Jahr noch Rekordergebnisse verzeichnen konnten. Aber auch im Vorleistungsgüterbereich sowie bei den Produzenten von Gebrauchsgütern ist die Erzeugung zurückgefahren worden. Vergleichsweise gut behaupten konnte sich hingegen das Verbrauchsgütergewerbe.

Mit der Reduzierung der Geschäftsaktivitäten hat sich die Auslastung der Produktionskapazitäten deutlich verringert. Nach den Berechnungen des ifo Instituts ist der Nutzungsgrad der Anlagen im Juni nochmals um rund einhalb Prozentpunkte unter den Stand zum Ende des Winters gesunken. Das Niveau von vor einem Jahr wurde um zwei Punkte unterschritten. Gemessen an einer längerfristigen „Normalauslastung“ waren die Sachanlagen aber nach wie vor befriedigend ausgelastet.

*Kapazitäts-
auslastung
niedriger*

In der Bauwirtschaft ist eine leichte Besserung im Verlauf der letzten Monate zu erkennen. Immerhin übertrafen die Leistungen des Bauhauptgewerbes im Mai und Juni die ungünstigen Ergebnisse im vorangegangenen Zweimonatsabschnitt deutlich. Über das ganze

*Bauproduktion
mit Lichtblicken*

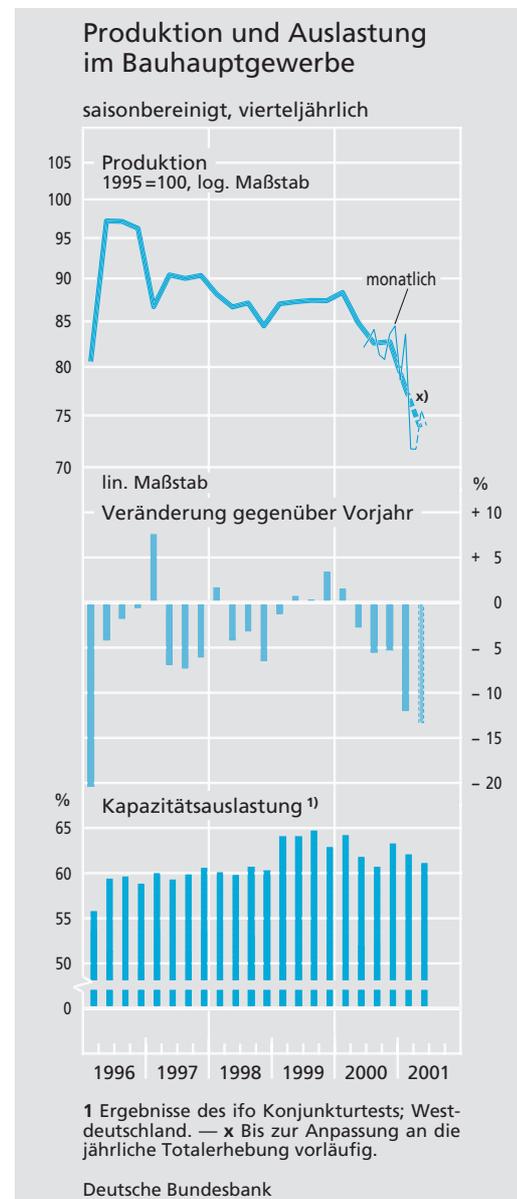
zweite Vierteljahr gerechnet, blieb die Produktion saisonbereinigt aber um 5 ½ % hinter dem ersten Vierteljahr zurück, als sie nicht zuletzt von der milden Witterung während des Winters profitiert hatte. Wie niedrig das Niveau der Geschäftstätigkeiten im Baugewerbe noch immer ist, wird an dem Rückstand gegenüber dem Vorjahr von auch zuletzt rund 12 ¾ % deutlich.

*Beschäftigung
unverändert*

Am Arbeitsmarkt zeigten sich im Frühjahr deutliche Spuren des konjunkturellen Rückschlags. Nach den (revidierten) Angaben des Statistischen Bundesamtes war die Beschäftigung im Mai etwas niedriger als zu Ende des Jahres 2000, das den letzten Höhepunkt kennzeichnet. Mit saisonbereinigt 38,76 Millionen Erwerbstätigen wurde der Vergleichsstand des Vorjahres nurmehr um knapp 20 000 Personen überschritten. Im Dezember hatte der Zuwachs noch 385 000 oder 1 % betragen. Während die Zahl der Mitarbeiter in der Industrie weitgehend unverändert blieb, ist sie in der Bauwirtschaft nochmals gesunken. Auch bei den Dienstleistungsbereichen war per saldo Zurückhaltung beim Personaleinsatz zu erkennen.

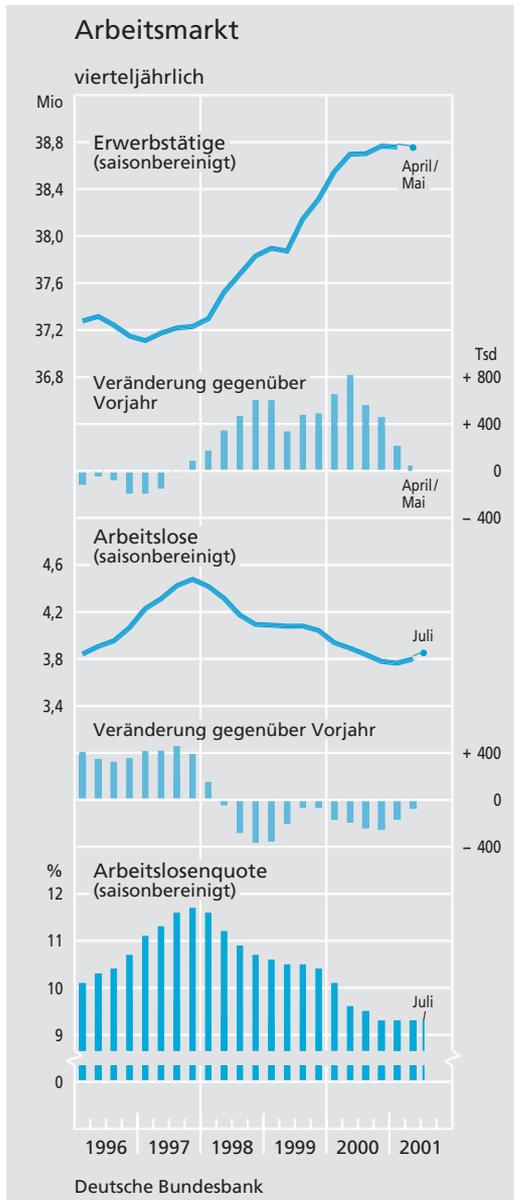
*Arbeitslosigkeit
etwas höher*

Die Arbeitslosigkeit hat nach den Angaben der Bundesanstalt für Arbeit unter Berücksichtigung der jahreszeitlich üblichen Schwankungen von Monat zu Monat leicht zugenommen. Von Dezember vorigen Jahres bis Juli erhöhte sich die Zahl der als arbeitslos registrierten Personen saisonbereinigt um rund 90 000 auf zuletzt 3,86 Millionen. Das vergleichbare Vorjahrsergebnis wurde damit nicht mehr unterschritten. Die Arbeitslosenquote belief sich nach den Berechnungen der



Bundesanstalt saisonbereinigt Ende Juli auf 9,3 %; gemäß der nach ILO-Regeln standardisierten Messvorschrift waren es 7,9 %.

Mit saisonbereinigt 17,6 % war der Anteil der Arbeitslosen (nach Abgrenzung der Bundesanstalt) an allen Erwerbspersonen in den neuen Bundesländern bis zuletzt fast zweieinhalbmal so hoch wie in Westdeutschland. Allerdings hat sich der leichte konjunkturelle



Anstieg der Arbeitslosigkeit bisher im Wesentlichen auf den Westen beschränkt. Rund drei Viertel der Zunahme seit dem Tiefpunkt im Dezember gingen zu seinen Lasten. Wie bei einer zyklischen Abschwächung üblich haben insbesondere Männer ihren Arbeitsplatz verloren, da sie überwiegend in den Waren produzierenden Berufen tätig sind. Bei den Frauen hielt sich die Zunahme

der Arbeitslosigkeit in deutlich engeren Grenzen.

Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind per saldo weiter eingeschränkt worden. Insbesondere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden deutlich weniger eingesetzt. Im Juli nahmen noch 240 000 Personen daran teil, 80 000 weniger als zwölf Monate zuvor. Dagegen sind sowohl die Eingliederungszuschüsse wie auch die so genannte Freie Förderung ausgeweitet worden. Zusammen profitierten hiervon rund 170 000 Personen. Das waren knapp 25 000 mehr als vor Jahresfrist. Die Zahl der an Lehrgängen zur beruflichen Weiterbildung teilnehmenden Personen war mit 325 000 etwa ebenso hoch wie zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Eingeschränkter Einsatz der Arbeitsmarktpolitik

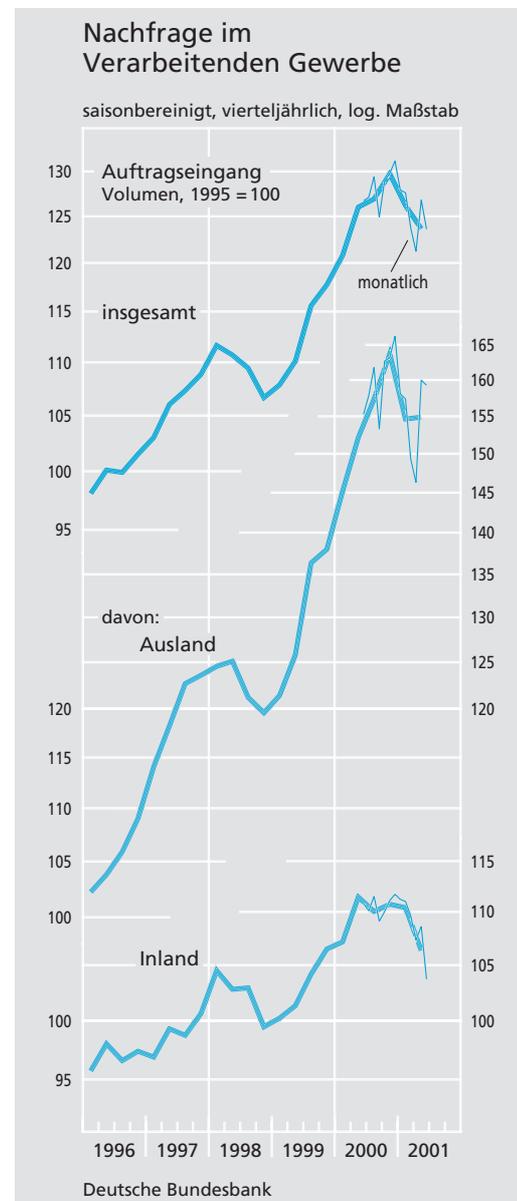
Auftragslage

Die Auftragseingänge beim Verarbeitenden Gewerbe, die gegen Ende 2000 ein ausgesprochen großes Volumen erreicht hatten, sind bis in das Frühjahr hinein deutlich zurückgegangen. Im Mai und Juni hat sich dieser Prozess aber nicht weiter fortgesetzt. Dies reichte jedoch nicht aus, um im zweiten Quartal insgesamt einen Rückgang gegenüber den Wintermonaten zu vermeiden. Saisonbereinigt blieben die Bestellungen um 2 % hinter dem Stand in den ersten drei Monaten des Jahres zurück. Das Vergleichsniveau des Vorjahres unterschritten sie um 1¾ %, nachdem im Winterquartal noch ein Zuwachs von 4¼ % erzielt worden war.

Industrieaufträge zurückgegangen

Recht ungünstig war die Entwicklung der Nachfrage aus dem Inland. Saisonbereinigt blieben die Geschäftsabschlüsse im zweiten Quartal um 3 ¾ % hinter den ersten drei Monaten zurück. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich ein Minus von 4 ½ %, nach einem Plus von 3 % im Mittel von Januar bis März. Während sich die Einbußen bei den Vorleistungsgütern und insbesondere den Gebrauchsgütern und Verbrauchsgütern in Grenzen hielten, mussten die Hersteller von Investitionsgütern einen erheblichen Rückgang hinnehmen. Ein starker Umschwung ins Negative ist bei den nachrichtentechnischen Geräten und Einrichtungen – dazu zählen nicht zuletzt Mobiltelefone – zu erkennen. Übertrafen die Bestellungen hier im ersten Quartal das Vorjahr noch um rund ein Fünftel, so war im zweiten Vierteljahr ein Rückstand von fast einem Zehntel zu verzeichnen. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so ausgeprägt, war die Entwicklung bei den Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten, speziell den Computern.

Die Auftragseingänge aus dem Ausland sind dagegen im zweiten Quartal saisonbereinigt nicht niedriger als im Winter gewesen. Dies war zum einen auf eine Reihe von Großaufträgen bei den Produzenten von Vorleistungsgütern sowie im Investitionsgüterbereich zurückzuführen. Hinzu kam zum anderen eine ungebrochen lebhaft Nachfrage ausländischer Kunden nach deutschen Kraftfahrzeugen. Beides zusammen war wesentlich dafür, dass die Exportbestellungen auch im Dreimonatsabschnitt April bis Juni noch um 1 ¾ % höher waren als zur gleichen Vorjahrszeit.



Die Nachfrage nach Bauleistungen hat sich zu Frühjahrsbeginn deutlich belebt. Saisonbereinigt gingen die Auftragseingänge beim Bauhauptgewerbe im Mittel der Monate April und Mai um rund 5 % über den Stand im ersten Quartal des Jahres hinaus. Da sie damals aber – möglicherweise auch wegen zeitlicher Verzögerungen bei der Auftragsvergabe – sehr niedrig gewesen waren, dürfte der Anstieg konjunkturell etwas überzeichnet sein.

Nachfrage nach Bauleistungen gefestigt



Immerhin aber wurden die Geschäftsabschlüsse vom zweiten Halbjahr 2000 zuletzt leicht übertroffen. Dies deutet auf eine Stabilisierung der Auftragslage hin, wenn auch auf sehr niedrigem Niveau. Der Rückstand im Vergleich zu der entsprechenden Vorjahrszeit verringerte sich von 9 ½ % im ersten Quartal auf knapp 4 % im Zweimonatszeitraum April/Mai.

Am deutlichsten war die Auftragsverbesserung im Bereich des gewerblichen Baus. Hier wurde auch das vergleichbare Vorjahrsergebnis nur noch wenig unterschritten. Gemessen an den Baugenehmigungen waren in Westdeutschland, auf das sich die positive Entwicklung beschränkt, sowohl Büro- als auch Fabrikgebäude verstärkt gefragt. Daneben haben auch die öffentlichen Auftraggeber, die zu Jahresanfang recht zurückhaltend gewesen waren, ihre Vergaben in den Frühjahrsmonaten wieder ausgeweitet.

Im Wohnungsbau bewegte sich die Nachfrage demgegenüber auf einem unverändert niedrigen Niveau. Das Vorjahrsergebnis, das schon um nahezu ein Drittel unter dem Stand von Mitte der neunziger Jahre gelegen hatte, wurde nochmals um rund 15 % unterschritten. In den neuen Bundesländern, wo viele Wohnungen leer stehen, war der Rückgang gegenüber 2000 sogar doppelt so groß. Eine wesentliche Änderung der Lage ist gegenwärtig nicht zu erkennen.

Preise und Löhne

Der Anstieg der Verbraucherpreise, der im Mai mit einer Vorjahrsrate von 3,5 % einen Höchststand erreicht hatte, verringerte sich bis Juli auf 2,6 %. Auch saisonbereinigt betrachtet beruhigte sich die Teuerung nach recht kräftigen Schüben im April und Mai zuletzt wieder. Im Juli sind die Preisbewegungen sogar geringer als um diese Jahreszeit üblich gewesen. Maßgeblich hierfür war die sich entspannende Situation an den Ölmärkten. Die Preise für Dienstleistungen sind im Juli sai-

*Höhepunkt des
Preisanstiegs
überschritten*

sonbereinigt nicht gestiegen; der Abstand zum Vorjahr sank leicht auf 3,0 %, nach 3,1 % im Vormonat. Demgegenüber sind die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel weiter angehoben worden. Hier mussten zuletzt 6,8 % mehr bezahlt werden als vor Jahresfrist, gegenüber rund 2 % Anfang 2001. Einerseits haben sich die Preise im Gefolge der Tierseuchen BSE und MKS sowie vorübergehend ungünstiger Witterungsverhältnisse erhöht. Andererseits mehren sich die Hinweise auf eine allgemeine Preisanpassung, mit der wohl die in den Jahren 1999 und 2000 stark gedrückten Handelsspannen wieder ausgeweitet werden sollen.

Bei den gewerblichen Waren hielten sich die Preisbewegungen vergleichsweise in Grenzen. Die üblichen saisonalen Schwankungen herausgerechnet, haben sich diese Güter seit einigen Monaten nur wenig verteuert. Die Preiserhöhungen gegenüber dem Vorjahr beliefen sich auf rund 1 %. Kaum stärker war mit 1,2 % der Anstieg der Wohnungsmieten.

*Kernrate
der Inflation
gestiegen*

Die Kernrate der Inflation, welche die aktuelle Grundtendenz jenseits von kurzfristigen Schwankungen oder Sonderbewegungen beschreiben soll, lag in der letzten Zeit – bei unterschiedlichen Berechnungsmethoden – im Schwerpunkt bei rund 2 %. Im Vergleich zu Ende 2000 hat sich die Kernrate in der ersten Hälfte des laufenden Jahres erhöht. Hierin kommt teilweise zum Ausdruck, dass sich bei so manchem Produkt nunmehr der „Durchlaufeffekt“ der Energievertéuerung sowie der Euroabwertung niederschlägt. Insofern hat die Kernrate – gemessen an der originären

Preisindex für die Lebenshaltung

Veränderungen gegen Vorjahr in %

Position	2000	2001		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Juli
Energieträger	15,8	11,2	12,3	6,6
darunter: Mineralöl- produkte	19,3	5,2	9,3	-0,6
Nahrungsmittel	1,1	2,7	6,2	6,8
darunter: Saisonwaren	2,5	2,9	9,6	8,9
Fleisch- und Fisch- waren	1,5	4,6	8,4	8,9
gewerbliche Waren	0,4	0,5	0,9	0,9
Dienstleistungen	1,5	3,0	2,9	3,0
Mieten	1,3	1,2	1,2	1,2
Insgesamt	2,4	2,5	3,2	2,6

Deutsche Bundesbank

Preisstörung – auch ein „nachlaufendes“ Element.

Die internationalen Notierungen für Rohöl der Marke Brent haben sich in den letzten Wochen bei rund 25 US-\$ eingependelt. Das bedeutet gegenüber dem vergangenen Jahr, als die Preise noch nahe bei 30 US-\$ gelegen hatten, einen spürbaren Rückgang. Der Anstieg der Einfuhrpreise, der sich in den ersten Frühjahrsmonaten kräftig beschleunigt hatte, schwächte sich zuletzt wieder deutlich ab. Die Vorjahrsrate ging von 5,1 % im April auf 3,6 % im Juni zurück. Ohne Energie gerechnet lag sie zuletzt bei 2,4 %.

*Ölnotierungen
stabilisiert,
Einfuhrpreise
moderater*

Der Preisauftrieb gegenüber dem Vorjahr erreichte bei den Erzeugerpreisen industrieller Produkte im April mit 5,0 % seinen höchsten

*Abnehmende
Teuerung in der
Industrie*

Indikatoren zur Entwicklung der Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahr in %

Position	2000		2001	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Juni/ Juli
Gemessene Teuerungsrate Verbraucherpreise	2,4	2,5	3,2	2,8
Statistische Kernraten 1) Verbraucherpreise ohne Saison- Nahrungsmittel und Energie	1,0	1,6	2,0	2,1
Verbraucherpreise mit modifizierten Gewichten 2)	1,1	1,4	1,8	1,9
5 %-getrimmter Mittelwert 3)	1,3	1,8	2,6	2,4
Gewichteter Median 4)	1,1	1,2	1,4	1,5
Mittelwert der Kernraten	1,1	1,5	2,0	2,0

1 Eigene Berechnungen. — 2 Reduzierung der Gewichte volatiler Komponenten. — 3 5 %-Ausgrenzung von Komponenten mit starken/geringen Preisveränderungen. — 4 Preisveränderung der Komponente, die 50 % der kumulierten Einzelgewichte erreicht.

Deutsche Bundesbank

Stand. Bis Juni verringerte sich die Preisrate auf 4,3 %. Energie herausgerechnet waren es zur gleichen Zeit 2,1 %. Während sich sowohl Vorleistungs- als auch Investitionsgüter mit jeweils 1,0 % deutlich unterdurchschnittlich verteuerten, ging der Preisanstieg bei den Konsumgütern (+ 3,3 %) merklich über das Mittel hinaus. Dies hing nicht zuletzt mit einer kräftigen Teuerung im Bereich des Ernährungsgewerbes zusammen.

Landwirtschaftliche Erzeugerpreise stark verteuert

Die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte lagen im Mai – über den die statistischen Angaben gegenwärtig nicht hinausreichen – um 8,2 % über dem Vorjahr. Zu Anfang des Jahres 2001 waren es noch 5,4 % gewesen. Während sich die Jahresteuern bei tierischen Erzeugnissen mit der Abschwächung des Einflusses der Tierkrisen von

13,4 % im März auf zuletzt 8,9 % verringerte, vergrößerte sie sich im Bereich der pflanzlichen Produkte auf 6,8 %. Ausschlaggebend hierfür waren die ungünstigen Witterungsverhältnisse zu Frühjahrsbeginn, welche die Preise für Saisonwaren drastisch in die Höhe trieben. Inzwischen dürfte aber auch hier eine Entlastung eingetreten sein.

Die Baupreise haben sich in den Frühjahrsmonaten kaum verändert. Angesichts der nach wie vor ungünstigen Lage kam es in einzelnen Bausparten wie beispielsweise bei gewerblichen Betriebsgebäuden sowie im Straßenbau zu leichten Preisrückgängen. Im Wohnungsbau standen Preissenkungen für Rohbauarbeiten Preiserhöhungen im Ausbau sowie bei den Außenanlagen gegenüber; im Ergebnis blieb das Preisniveau insgesamt unverändert.

Baupreise unverändert

In der diesjährigen Lohnrunde standen nur in vergleichsweise wenigen Wirtschaftszweigen neue Tarifverhandlungen an. Im vergangenen Jahr hatten die Sozialpartner in vielen Branchen längerfristige Tarifverträge vereinbart, die überwiegend bis zum Frühjahr 2002 reichen und für dieses Jahr im Durchschnitt Anhebungen der Tarifentgelte von etwas mehr als 2 % vorsehen. Zwar gingen die in diesem Frühjahr getätigten Abschlüsse darüber hinaus, gleichwohl dürfte sich das Tariflohn- und -gehaltsniveau im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt und auf das Gesamtjahr bezogen in 2001 wie schon im Jahr zuvor – auch bedingt durch Basiseffekte – um lediglich rund 2 % erhöhen.

Lohnrunde 2001

*Tarifabschluss
im Bank-
gewerbe, ...*

Der erste größere Abschluss der Lohnrunde 2001 wurde im privaten Bankgewerbe erzielt. Hier sieht der neue Tarifvertrag bei einer Gesamtlaufzeit von 13 Monaten neben einer Pauschalzahlung von 280 DM für den Monat April eine lineare Erhöhung der Tarifentgelte um 2,8 % ab 1. Mai 2001 vor. Zusätzlich wurden die schon früher vereinbarten Regelungen zur Altersteilzeit und zum Vorruhestand sowie die tarifliche Öffnungsklausel zur Beschäftigungssicherung um zwei Jahre bis Ende 2003 verlängert. Auch für die Beschäftigten der Versicherungsbranche wurden die Tarifvergütungen um 2,8 % aufgebessert. Für den ersten Monat des ebenfalls mit einer Laufzeit von 13 Monaten ausgestatteten Tarifabschlusses erhalten die Arbeitnehmer hier eine Pauschalzahlung von 200 DM. Im Einzelhandel, wo die Tarifverhandlungen traditionell regional geführt werden, kam es bislang in fast allen westdeutschen Bezirken zu einer neuen Tarifvereinbarung. Danach erhöhen sich die Tarifvergütungen bei einer Laufzeit von zwölf Monaten durchweg um 2,7 %.

*... in der
Versicherungs-
branche ...*

*... und im
Einzelhandel*

*Stärkeres
Gewicht der
betrieblichen
Altersvorsorge*

Hinzu kommen für die Arbeitnehmer zusätzliche Vergünstigungen auf Grund der im vergangenen Jahr in mehreren Wirtschaftsbereichen verabredeten Regelungen zur Altersteilzeit und zur betrieblichen Altersvorsorge. Die Ausweitung der betrieblichen Altersvorsorge war auch in der Lohnrunde 2001 ein wichtiger Verhandlungsgegenstand. So vereinbarten die Sozialpartner des Versicherungsgewerbes eine weitere Anschubfinanzierung der Arbeitgeber für die individuelle Pensionszulage in Höhe von bis zu 1 % des Gehalts im Jahr 2002. Die Beschäftigten des Einzelhandels erhalten ebenfalls ab 2002

Preisentwicklung auf verschiedenen Wirtschaftsstufen

1995 = 100, saisonbereinigt



1 HWWA-Index der Rohstoffpreise; DM-Basis; nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

eine jährliche Einmalzahlung in Höhe von 300 Euro, in die die bislang schon gewährten vermögenswirksamen Leistungen einfließen und die nur für die persönliche tarifliche Altersvorsorge verwendet werden darf. Für die Unternehmen bedeuten diese Zuschüsse eine weitere Kostenbelastung, die umso höher ausfällt, je mehr Mitarbeiter das Angebot

der betrieblichen Zusatzvorsorge nutzen. Dadurch wird die Verringerung der für die Alterssicherung der Beschäftigten entstehenden Personalzusatzkosten, die sich auf Grund der Absenkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung von 19,3 % auf 19,1 % zu Beginn dieses Jahres ergibt, relativiert.